



Cohn-Bendits Europa

_ von Klaus Faißner

Fernab des Medieninteresses wollen EU-Parlamentarier einen europäischen Zentralstaat vorantreiben und die Nationalstaaten abschaffen. Die Spinelli-Gruppe und die Bertelsmann-Stiftung geben den Ton an, Grüne und Liberale marschieren mit.

«Angriff ist die beste Verteidigung», heißt es in einem Satz. EU-kritische Abgeordnete seien «Quertreiber, die, um es klar zu sagen, auf Europa schießen», in einem anderen. Wer das sagt? Nicht etwa ein Antifa-Mitglied, sondern zwei maßgebliche Politiker im EU-Parlament in ihrem Manifest «Für Europa»: Daniel Cohn-Bendit, Frontfigur der Grünen, und Guy Verhofstadt, Chef der Liberalen Fraktion.

Die beiden sind Gründer der Spinelli-Gruppe. Das Manifest gibt die Marschrichtung vor: Für einen EU-Bundesstaat und damit die endgültige Zerstörung der Nationalstaaten. Die Gruppe ist benannt nach dem italienischen Politiker Altiero Spinelli, der zeitlebens dem Kommunismus nahestand. Schon knapp nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte er eine europäische Verfassung durchzusetzen, was damals jedoch scheiterte. Dieses Ziel ließ er aber nicht mehr aus den Augen und zog 1976 in der «Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden» ins EU-Parlament ein. 1984,

zwei Jahre vor seinem Tod, war er schließlich erfolgreich: Das EU-Parlament nahm einen von Spinelli getragenen Vertragsentwurf an, in dem der Prozess der Verfassungsgebung der damaligen Europäischen Gemeinschaften (EG) eingeleitet wurde. Es sollte weitere 20 Jahre dauern, bis der EU-Verfassungsvertrag ausgearbeitet war. Dieser scheiterte zwar zuerst an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, trat aber schließlich mit fast gleichlautendem Inhalt am 1. Dezember 2009 als «Vertrag von Lissabon» in Kraft.

Knapp ein Jahr später gründete sich im September 2010 die Spinelli-Gruppe. Inzwischen umfasst sie über 110 der aktuell 766 Abgeordneten des EU-Parlaments. In erster Linie handelt es sich dabei um Grüne und Liberale, doch auch Sozialdemokraten wie der deutsche Jo Leinen und sogar Konservative wie der Österreicher Othmar Karas (ÖVP) sind dabei. Prominente Unterstützer sind der Grüne Automobil- und

*Superstaat Europa: Nur die Schweiz, Teile des Balkan und Norwegen bilden noch weiße Flecken.
Foto: SJ*

Nachdem der Euro zur Katastrophenwährung mutiert ist, soll die Schaffung eines EU-Zentralstaates das Desaster aufhalten.

«Ihre Meinung dazu interessiert mich nicht. (...) Sie werden das unterschreiben müssen.» Cohn-Bendit

Mustereuropäer Daniel Cohn-Bendit, treibt den EU-Superstaat federführend voran. Foto: de.academic.ru, CCL

zwischenzeitliche Erdgas-Lobbyist Joschka Fischer, Ex-EU-Kommissionspräsident Jacques Delors und Mario Monti, ehemaliger EU-Kommissar und italienischer Ministerpräsident von Goldman Sachs' Gnaden.

Zweimal jährlich hält die Gruppe unmittelbar vor den Treffen der Staats- und Regierungschefs – also dem Europäischen Rat – einen «Schattenrat» ab. Ziel ist es, Druck für einen EU-Bundesstaat zu machen. Beim ersten derartigen Schattenrat im März 2011 forderte die Spinelli-Gruppe unter anderem eine einheitliche Außenpolitik – um beispielsweise Luftangriffe gegen Libyen zu ermöglichen –, einen Zehn-Jahres-Investitionsplan im Umfang von sagenhaften vier Billionen (4.000 Milliarden) Euro zur Ankurbelung der Wirtschaft und eine EU-Wirtschaftsregierung. Gut ein Jahr später verlangte sie bereits die Schaffung einer

Banken-, Wirtschafts-, Fiskal- und politischen Union – die Vorstufe zu einem allmächtigen Zentralstaat. Um dies zu erreichen, müssten unter anderem Eurobonds (EU-Anleihen) und ein gemeinsamer Schuldentilgungsfonds eingeführt werden – was die Defizite der Südländer Überschussstaaten wie Deutschland aufbürden würde. Im Spinelli-Modell sollen die Bürger der Mitgliedstaaten Steuern direkt an die EU bezahlen, die Europäische Kommission soll zu einer Wirtschaftsregierung umfunktioniert und der Kommissionspräsident gestärkt werden. Für die Wahlen zum Europaparlament sollen nicht nur nationale, sondern auch europaweite Listen antreten können – so das Papier von Cohn-Bendit & Co..

Ein Grundgesetz für die EU

Am 3. Oktober 2013 veröffentlichte die Spinelli-Gruppe gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung ein «Grundgesetz für die Europäische Union». Das deutsche Grundgesetz habe die Autoren inspiriert, erklärte Verhofstadt bei der Präsentation. Dieses wiederum war 1949 als Übergangslösung bis zur Verabschiedung einer Verfassung gedacht, wozu es bis heute nicht gekommen ist. Für die Befürworter eines EU-Bundesstaates geht es nun darum, den Sack zuzumachen und das zu Ende zu führen, was mit dem Vertrag von Maastricht 1992 und mit der Euro-Einführung 1999 in die Wege geleitet wurde. Schon 1997 hatte Joschka Fischer – jetzt ebenfalls Unterstützer der Spinelli-Gruppe – vorausgesagt, dass Währungsunion und Euro einen «Zwang zur völligen politischen Integration» auslösen würden. Nachdem der Euro inzwischen zur Katastrophenwährung mutiert ist, gilt jetzt die Schaffung eines EU-Bundesstaates als unumgänglich, um die Euro-Turbulenzen in den Griff zu bekommen.

Laut dem «EU-Grundgesetz» der Spinelli-Gruppe sollten zu diesem Zweck beispielsweise folgende Maßnahmen getroffen werden:

Bildung einer EU-Bundesregierung, zusammengestellt vom EU-Kommissar, statt der bisherigen Einzelkommissare, die die Mitgliedsländer berufen; die Verfassungen der Mitgliedsstaaten müssen die «Werte» der EU akzeptieren. Dazu zählen Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern (Sie haben richtig gelesen: Gleichheit, nicht Gleichstellung oder Gleichberechtigung!); Ausweitung der Kompetenzen von EU-Gerichtshof, Europäischer Zentralbank EZB und EU-Parlament; Ende von Ausnahmeregelungen für Staaten, etwa bei der Förderung der einheimischen Industrie; Erhebung von EU-Steuern zur Finanzierung des EU-Budgets; Abschaffung der Nichtbeistandsklausel in der Währungsunion (die ohnedies seit 2010 permanent gebrochen wird), stattdessen Vergemeinschaftung der





Cohn-Bendit führt die grüne Fraktion im Europaparlament.
Foto: Parti de Gauche

Schulden aller Staaten. Besonders brisant ist die geforderte Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips auch bei Änderung dieses EU-Grundgesetzes. Damit können diktatorische Strukturen per Mehrheitsbeschluss eingeführt werden, die dann auch für nicht zustimmende Staaten verbindlich sind. Volksabstimmungen sind ohnedies nicht vorgesehen. Die Spinelli-Jünger wissen genau, dass die Völker «nein» zur Auflösung der Nationalstaaten sagen würden.

Besonders im Visier der Spinelli-Gruppe stehen Staatsmänner, die sich im Sinne ihres Volkes für den Nationalstaat einsetzen.

Spinelli und Bertelsmann

Engster Partner der Spinelli-Gruppe ist die Bertelsmann-Stiftung. Sie publizierte nicht nur das «Grundgesetz für Europa», sondern ist überhaupt bei Spinelli-Veranstaltungen kaum noch wegzudenken. Wenn sie etwa ins Kommandantenhaus «Unter den Linden» – die Repräsentanz der Stiftung in Berlin – ruft, kommen dem Cohn-Bendit, Verhofstadt und andere Spitzen der Spinelli-Gruppe geschlossen nach, wie etwa Ende November 2012. Elmar Brok, einer der Gründer der Gruppe, sitzt nicht nur seit 1980 (!) als Abgeord-

nete der CDU im EU-Parlament, sondern war bis 2011 Cheffobbyist des Bertelsmann-Konzerns. Derzeit offiziell «Berater von Bertelsmann», kreuze er als monatliches Salär bei der finanziellen Erklärung der EU-Parlamentarier «5.000 bis 10.000 Euro» an. Ebenso für Bertelsmann arbeitete die Grüne Franziska Brantner, bevor sie 2009 ins EU-Parlament einzog und wenig später bereits die Startphase der Spinelli-Gruppe unterstützte. Seit der Wahl im September 2013 sitzt sie für die Grünen im Bundestag.

Bertelsmann, der größte Medienkonzern Europas, gilt gemeinsam mit der hauseigenen Stiftung als heimliche Machtzentrale Deutschlands. Sie hat zu CDU, CSU, SPD, Grünen und FDP beste Beziehungen und macht sich für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stark. Längst steht für Kritiker das Kürzel BRD für «Bertelsmann-Republik Deutschland».

Über ihre Ziele bezüglich der EU lässt die Zentrale in Gütersloh keine Zweifel: «Angesichts der zunehmenden Europa-Müdigkeit und der um sich greifenden Euro-Skepsis in den Mitgliedsstaaten setzt sich die Bertelsmann Stiftung dafür ein, die Vision der Vereinigten Staaten von Europa zu verwirklichen.» Kurs auf den EU-Bundesstaat nahmen die «Bertelsmänner» offiziell 2009, ein Jahr vor Gründung der Spinelli-Gruppe.

Wer ist der Diktator?

Auf diesem Weg zum EU-Zentralstaat gilt für die Hauptvertreter der Spinelli-Gruppe, Cohn-Bendit und Verhofstadt, vor allem eines: Kompromisslosigkeit. Besonders ins Visier nehmen sie dabei Staatsmänner wie Ungarns Viktor Orbán, die sich im Sinne ihres Volkes für den Nationalstaat einsetzen: Verhofstadt warf ihm vor, «aus der Demokratie eine Demokratie gemacht» zu haben, Cohn-Bendit verlautbarte im EU-Parlament gar: «Der Diktator heißt Viktor Orbán.» Dies klingt besonders skurril, denn ausgerechnet Orbán hatte Ende der 1980er Jahre an der Spitze der Freiheitsbewegung gegen die ungarischen Kommunisten gestanden. Ähnlich erging es dem ehemaligen tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus, der im Dezember 2008 auf der Prager Burg von Cohn-Bendit und anderen Abgeordneten des EU-Parlaments besucht wurde. Cohn-Bendit erklärte dem Staatsoberhaupt zum EU-Vertrag von Lissabon, den Klaus damals noch nicht unterschreiben wollte: «Ihre Meinung dazu interessiert mich nicht. (...) Sie werden das unterschreiben müssen.» Nach weiteren Belehrungen und Beflegelungen reagierte Klaus bestürzt: Noch nie zuvor habe jemand während seiner bis dato sechs Jahre dauernden Präsidentschaft «in diesem Stil und in diesem Ton» mit ihm gesprochen. «Ich habe geglaubt, dass diese Methoden für uns vor 19 Jahren [mit dem Zusammenbruch des Sozialismus] ein Ende gefunden hatten. Ich sehe, dass ich mich geirrt habe.» ■

Warum das «EU-Parlament» kein Parlament ist



Die Spinelli-Gruppe setzt sich vor allem aus EU-Abgeordneten zusammen. Jedoch erfüllt das EU-Parlament zumindest zwei Voraussetzungen nicht, die jedes Parlament erfüllen muss:

■ **Das Initiativrecht:** Das EU-Parlament kann zwar im Gesetzwerdungsprozess und bei der letzten Entscheidung mitreden, aber es kann keine Gesetze vorschlagen (initiiert).

■ **Gleichheit der Wählerstimmen:** Aufgrund der stärkeren Gewichtung der kleineren Staaten ist dies beim EU-Parlament bei Weitem nicht der Fall: So vertritt ein maltesischer Abgeordneter weniger als 60.000 Wahlberechtigte, ein deutscher Abgeordneter hingegen etwa 650.000. Eine maltesische Stimme ist elfmal so viel Wert wie eine deutsche.

So möchten die Spinelli-Jünger Europas Völker an der Kette führen. Foto: «The Passion of the Christ»

... Klaus Faißner ist Gründer der Initiative Gentechnikverbot und Autor zahlreicher Artikel und Bücher zu diesem Thema. Bereits 2010 wurde er mit dem Salus-Journalistenpreis und dem Österreichischen Solarpreis ausgezeichnet.